

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 45 (1953)
Heft: 12

Artikel: Die USA-Gewerkschaften unter dem Republikanischen Regime
Autor: Leichter, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353619>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die USA-Gewerkschaften unter dem Republikanischen Regime

In den ersten Augusttagen ereignete sich in Washington ein Zwischenfall, der für die Lage der amerikanischen Arbeiterbewegung unter dem republikanischen Regime sehr kennzeichnend ist. Das «Wall Street Journal», eine ausgezeichnet informierte Tageszeitung, die von Wall Street für Wall Street und im Dienste der großen amerikanischen Wirtschaftsunternehmen veröffentlicht wird, publizierte den Entwurf einer Botschaft des Präsidenten Eisenhower an den Kongreß, in der der Präsident seine Vorschläge für die Abänderung des von den Gewerkschaften scharf bekämpften und von seinen Autoren selbst als reformbedürftig anerkannten Taft-Hartley-Gesetzes bekanntgab. Diese Botschaft war vom Weißen Haus ursprünglich weniger als zehn Personen übermittelt worden – selbstverständlich streng vertraulich. Das hinderte nicht, daß dieser Entwurf von der Wall-Street-Zeitung mit einem scharfen Angriff auf seinen Inhalt publiziert wurde: er enthalte – so führte die Zeitung aus – neunzehn Vorschläge, von denen achtzehn Forderungen der Gewerkschaften und nur einer Wünschen der Unternehmer entsprechen. Der Präsident habe sich in vielen Fragen den Standpunkt der Gewerkschaften zu eigen gemacht und auf Vorschläge gehört, die ihm sein Arbeitsminister – der bekanntlich selbst ein Gewerkschafter und vor seiner Berufung in die Regierung Präsident der Installateur-gewerkschaft war – unterbreitet habe...

Präsident, Kongreß und Gewerkschaften

Wenige Stunden später teilte das Weiße Haus mit, es sei unrichtig, daß der Präsident eine Botschaft an den Kongreß in dieser Frage fertiggestellt habe. Es sei auch im Augenblick gar nicht beabsichtigt, solche Vorschläge zu unterbreiten; das sei erst nach dem Zusammen-treten des Kongresses im Januar 1954 beabsichtigt.

Sowohl der Inhalt der Botschaft an den Kongreß, wie sie die Zeitung der großen Finanzkreise veröffentlichte, wie das Schicksal dieser noch ungeborenen Botschaft sind für die gegenwärtige Lage in Washington wie für die Situation kennzeichnend, in der sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung befindet.

Seit vielen Monaten ist über die Reform des umstrittenen Gesetzes, dessen Reform der Präsident selbst in der Wahlkampagne versprochen hatte, verhandelt worden. Zum erstenmal seit 1947, seitdem das Gesetz gegen den Einspruch des Präsidenten Truman und gegen den leidenschaftlichen Protest *aller* Gewerkschaftsorganisationen in Kraft getreten war, hatten die Gewerkschaften konkrete Abände-

rungsvorschläge unterbreitet und sich damit – notgedrungen unter dem Einfluß des Wahlergebnisses vom November 1952 – auf den Standpunkt der Teilreform des von ihnen zur Gänze abgelehnten Gesetzes gestellt. Auch sonst sind in den monatelangen Beratungen der Kongreßkomitees eine Reihe von Abänderungsvorschlägen unterbreitet worden. Gleichzeitig hatten auch innerhalb des Kabinetts Diskussionen über das Gewerkschaftsgesetz stattgefunden. Eisenhower wünschte in dieser Frage eine Einigung aller interessierten Kreise herbeizuführen, vor allem auch zwischen seinem Arbeits- und seinem Handelsminister – letzterer ein Vertreter von «Big Business», des großen Unternehmertums –, zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern und schließlich auch den beteiligten Kongreßmitgliedern herbeizuführen.

Zu dieser Einigung kam es nicht, obwohl die großen Streitfragen, das Verbot des geschlossenen Betriebes und die Gerichtsverfügungen gegen streikende Arbeiter und deren Gewerkschaften gar nicht berührt worden waren. Schließlich scheint sich der Präsident entschlossen zu haben, selbst die Initiative zu ergreifen und eine vom Standpunkt der Gewerkschaften recht bescheidene Reform vorzuschlagen. Nach diesen «abortiven» Vorschlägen wären zwar einige der Härten des Gesetzes beseitigt worden, aber die erwähnten Grundfragen der Arbeits- und Kollektivvertragsverfassung unberührt geblieben. Der Vorschlag des Präsidenten enthielt freilich auch nichts von den Vorschlägen, die in den Kongreßausschüssen aufgetaucht sind und die von den Gewerkschaften als eine unzweifelhafte Verschlechterung des gegenwärtigen Gesetzes bezeichnet wurden. Das galt vor allem von dem sehr gefährlichen Vorschlag der Unternehmer und konservativer Kongreßmitglieder, die Gesetzgebung über Streiks und Streikposten den Staatsparlamenten zu überlassen. Dieser Vorschlag, der zur Zerreißung eines einheitlichen Arbeits- und Streikrechtes führen und den rückschrittlichsten Staatsparlamenten die Möglichkeit geben würde, die allgemeine Richtung der Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzgebung zu bestimmen, ist von den Gewerkschaften besonders entschieden bekämpft worden. Darum hatte der Präsident ihn offenbar auch nicht in seinen Entwurf aufgenommen.

Daß aber Eisenhowers Entwurf sofort torpediert wurde, kennzeichnet die Stimmung, mit der die Gewerkschaften im gegenwärtigen Kongreß zu rechnen haben. Eisenhower will keinen Kampf mit den Gewerkschaften und hat wahrscheinlich auch nicht seine Absicht aufgegeben, durch eine gemäßigte Politik in Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen einen Teil der Arbeiterstimmen für die Republikaner gewinnen zu können. Aber die Republikaner im Kongreß, die für ihre gesetzgeberische Arbeit ausschlaggebend sind, und vor allem die Hintermänner der Republikaner – «Big Business», das zur stärksten politischen Kraft in Washington geworden ist – bestimmt den Ton. Wahrscheinlich war es unter diesen Umständen für die Gewerk-

schaften noch das beste, daß es bisher zu keiner Reform des Taft-Hartley-Gesetzes gekommen ist, da es bei der *gegenwärtigen* Zusammensetzung des Kongresses sehr schwer gewesen wäre, wenigstens in einigen empfindlichen Punkten eine weitere Verschlechterung des Gesetzes zu verhindern.

Auf der andern Seite ist Präsident Eisenhower, wie das kurze Zwischenspiel mit seiner vereitelten Botschaft an den Kongreß zeigte, nicht gewillt, gegenüber dem Kongreß seinen Willen durchzusetzen und die rückschrittlichen Kongreßmitglieder zu zwingen, den offenen Kampf gegen Vorschläge des Präsidenten aufzunehmen. Wie in vielen andern Fragen hat sich der Präsident auch in dieser Frage nicht als der Führer seiner Partei und nicht als ein schöpferischer Politiker erwiesen, der seiner eigenen Partei den Weg weist.

Der Gewerkschafter als Arbeitsminister Eisenhowers

Der Zwischenfall ist auch für die beschränkte Macht kennzeichnend, über die der Arbeitsminister verfügt. Er ist, wie das nach der amerikanischen Verfassung selbstverständlich ist, nicht der Vertrauensmann der Gewerkschaftsorganisationen im Kabinett des Präsidenten, sondern ausschließlich diesem verantwortlich und nur an *seine* Weisungen gebunden. Aber sowohl der Arbeitsminister wie alle andern Kabinettsmitglieder sind den politischen Entscheidungen des Präsidenten unterworfen. Wenn dieser – beziehungsweise seine engsten Berater, die den in politischen oder Gewerkschaftsfragen begreiflicherweise nicht genügend erfahrenen General Eisenhower beraten – sich entschließen, gewisse Vorschläge des Arbeitsministers anzunehmen, so gilt diese Entscheidung gegenüber dem gesamten Kabinett, ebenso wie der Entschluß des Weißen Hauses, den noch unoffiziellen Entwurf zurückzuziehen, als endgültige Entscheidung vom Arbeitsminister respektiert werden muß. Als Präsident Eisenhower einen Gewerkschafter in sein Kabinett berief, noch dazu einen, der offen für Eisenhowers Opponenten eingetreten war, wollte der Präsident demonstrieren, daß er keine reaktionäre oder unsoziale, gegen die Gewerkschaften gerichtete Politik verfolgen wolle. Aber die politischen Gesetze der allgemeinen Entwicklung bestimmen auch die Haltung des Präsidenten. Die Republikaner setzen ihre allgemeine Politik durch.

Die neue Administration und die großkapitalistischen Interessen

Das bezieht sich vor allem auf die allgemeine Wirtschaftspolitik und die großen Verwaltungs- und Gesetzgebungsprobleme. Der neue Sekretär der American Federation of Labor, William Schnitzler, der

nach Georg Meanys Berufung zur Präsidentschaft der Organisation dessen bisherige Funktion übernahm, hielt kürzlich an der Tagung der Gewerkschaft der Kesselschmiede eine Rede, die für die Meinung aller amerikanischen Gewerkschafter über das gegenwärtige politische Regime kennzeichnend ist; er erklärte unter anderem:

Der gegenwärtige Kongreß ist in der Durchführung gigantischer Geschenke begriffen, um tausendfach und noch mehr zurückzuzahlen, was das große Unternehmertum in der politischen Kampagne von 1952 investiert hat... Täuschen Sie sich nicht, die Herren von «Big Business» wußten, was sie wollten, und sie sind in den Vorhallen des Kongresses versammelt, mit ausgestreckten Händen auf die große Abzahlung wartend...

Der Sekretär der AFL verwies dann auf das Gesetz, das die großen Unterwassererdölquellen in der Nähe der amerikanischen Küste den Staatsregierungen und damit auf einem Umwege den privaten Oelgesellschaften übermittelte. Er verwies darauf, daß die neue Regierung die Atomenergie der Privatindustrie überantworten wolle. Der Kongreß und – im Verwaltungswege – der neue Innenminister haben die Bewässerung trockenen Landes wesentlich eingeschränkt. Grundeigentum des Bundes vor allem im Westen soll Privaten überantwortet werden. Eine der größten neuen Kraftanlagen im Staate Idaho, die vom Bund geplant wurde, soll nun einer privaten Elektrizitätsgesellschaft überantwortet werden. All das ist auf den Widerstand der Gewerkschaften gestoßen. Gewerkschaftszeitungen und offizielle Erklärungen der Gewerkschaften protestieren. In dieser Beziehung kann über die Opposition der amerikanischen Gewerkschaften gegen das gegenwärtige Regime kein Zweifel bestehen. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen es sich die amerikanischen Gewerkschaften leisten konnten, an solchen nicht rein gewerkschaftlichen Fragen vorüberzugehen und sich auf Kollektivvertragsverhandlungen und gewerkschaftliche Aktionen zu beschränken. So versuchen sie, nun ihre Meinung auch in allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik und der Richtung der Verwaltung zum Ausdruck zu bringen.

Verstärkte politische Aktivität der Gewerkschaften

Aber die Gewerkschaften sind keine politische Partei und wollen es auch nicht sein. Die politische Aktivität, die nun ein gemeinsames Merkmal aller amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen geworden ist, kann sich, wie die Parteiverhältnisse in den Vereinigten Staaten gelagert sind, nur im Rahmen der historischen Parteien vollziehen. Es ist sehr kennzeichnend, daß seit der Niederlage der Demokraten im November 1952, mit denen die Gewerkschaften liiert waren, auch nicht ein einziges Mal der Wunsch nach Bildung einer

eigenen Arbeiter- oder einer dritten Partei aufgetaucht ist. Das amerikanische Zwei-Parteien-System ist auch nach dem Regimewechsel in Washington genau so unerschüttert wie bisher. Die Führer aller großen Gewerkschaftsorganisationen denken zwar an eine Intensivierung der politischen Tätigkeit der Gewerkschaften vor den Kongreßwahlen des Jahres 1954, aber durchaus auf der bisherigen Linie. In der erwähnten Rede sagte Schnitzler über die Aufgaben der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang:

... Wir haben keinen ehrenhaften Ausweg, als die politische Organisation und Erziehung mit erneuter Energie und Entschlossenheit weiterzuverfolgen, ungeachtet zeitweiser Rückschläge und Enttäuschungen, bis unsere Ziele endgültig verwirklicht sind. Das ist der Kurs, den die American Federation of Labor zu wählen beschlossen hat. Der Ausschuß der Arbeiter-Liga für politische Erziehung (Labor's League for Political Education) hat für alle laut und deutlich erklärt, daß die Liga eine dauernde Einrichtung ist und bleibt...

Der Congress of Industrial Organizations ist ebenso bemüht, seine politische Aktivität rechtzeitig einzusetzen, um die nächsten Kongreßwahlen entsprechend vorzubereiten. Während die AFL auf ihrer statutenmäßigen Jahrestagung im September, also vierzehn Monate vor den nächsten Kongreßwahlen die *politische* Aktion zweifellos in den Vordergrund rücken und den ihr angeschlossenen Organisationen die Bedeutung der kommenden Entscheidungen im gegenwärtigen Kongreß selbst und bei den kommenden Wahlen vor Augen führen wird, hat der CIO bereits für die zweite Hälfte August eine Sondertagung seiner politischen Aktionskomitees einberufen, um den Arbeitern eine Bilanz über die unbefriedigende Arbeit des republikanischen Kongresses zu geben.

All das geschieht in einem durchaus kritischen Sinn. Die Verbindung der Gewerkschaftsorganisationen mit den fortschrittlichen Elementen der Demokratischen Partei hat sich unter dem republikanischen Regime nicht gelockert. Trotz der Berufung eines führenden AFL-Mannes in das Kabinett des Präsidenten hat sich bisher keinerlei Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Gewerkschaftern mit der Republikanischen Partei ergeben. Man kann im Gegenteil sagen, daß die gegenwärtige Administration trotz den guten Absichten des Präsidenten keinerlei Sympathien selbst bei jenen Gewerkschaftern zu wecken verstanden hat, die als alte Anhänger der Republikaner das Wahlbündnis mit den Demokraten nur ungern gesehen haben. Es ist bemerkenswert, daß die größte lokale Gewerkschaftsorganisation, die es in den Vereinigten Staaten gibt, nämlich die CIO- und AFL-Organisationen von Detroit für den Labor-Day den früheren Präsidenten Truman zu einer großen Kundgebung eingeladen haben.

Die Wandlung in Washington hat jedenfalls bisher zu keiner Strukturveränderung der beiden großen Parteien geführt: die Republikaner sind nicht weniger konservativ, als sie waren, und die Demokraten gelten als die arbeiterfreundlichere und fortschrittlichere der beiden Parteien. In der Opposition ist es für die Demokraten sogar weniger schwer, einheitlich aufzutreten als in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung; die südlichen Demokraten zeigen ihren Konservatismus weniger aufreizend als unter Truman. Da die fortschrittlichen Gesetzesvorschläge, für die Truman eintrat und gegen die sich der Widerstand der südlichen Demokraten richtete, nicht mehr aktuell sind, haben die Gewerkschaften im allgemeinen weniger Anlässe als früher, die reaktionäre Haltung der südlichen Demokraten anzuklagen. So kann man sagen, daß die Macht die Republikaner für die Gewerkschaften nicht anziehender und die Opposition die Demokraten ein wenig weniger widerspruchsvoll gemacht hat.

Erfolge an der wirtschaftlichen Front

Obwohl allgemeine Probleme und Fragen der Gesetzgebung einen immer größeren Teil der Aufmerksamkeit der amerikanischen Gewerkschaften zu beanspruchen beginnen, ist der wirtschaftliche Kampf weiter im Vordergrund ihres Interesses. Auf diesem Gebiete ist mit der politischen Veränderung in Washington kein merklicher Wandel zu verzeichnen.

Man kann füglich sagen, daß die wirtschaftliche Lage der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Amerika im letzten halben Jahr besser geworden ist. Die Lebenshaltungskosten haben sich nicht entscheidend erhöht. In den ersten Monaten des Jahres 1953 sind insbesondere die Lebensmittelpreise zurückgegangen, und auch bei den übrigen Kosten der Lebenshaltung ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen gewesen. Erst im Juli ist wieder eine Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Es sind vor allem die Mietzinserhöhungen, die zu dieser Erhöhung geführt haben. Aber die Lebenshaltungskosten sind jetzt nicht höher als vor einem Jahr. Trotzdem ist es den meisten der großen Gewerkschaften und auch vielen kleineren Organisationen im letzten halben Jahr gelungen, Lohnerhöhungen durchzusetzen, die nicht wieder durch Preissteigerungen aufgeessen worden sind. Stahlwerks-Automobilarbeiter, die Arbeiter der Elektroindustrie, die meisten Textil- und die Bekleidungsarbeiter waren imstande, erfolgreiche Lohnbewegungen durchzuführen. In den großen Industrien waren Streiks nicht notwendig. Die Aufhebung des Preisstops hat es den Unternehmern ermöglicht, die Lohnerhöhungen auf die Preise abzuwälzen, wie zum Beispiel in der Stahlindustrie.

Die ausgezeichnete Wirtschaftslage, die im ersten Halbjahr 1953 angehalten hat, machte solche Preiserhöhungen wirtschaftlich tragbar.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben in Verfechtung dieser Lohnforderungen ihre Theorie angewendet, daß gestiegene Produktivität der Wirtschaft die Arbeiter zu einer Verbesserung der Lebenshaltung berechtigen. Die auch von Unternehmern zugegebene und durch Statistiken bewiesene Steigerung der Produktivität der Arbeiter während der rapiden Ausdehnung der amerikanischen Wirtschaft, die nach dem Beginn des Koreakrieges und der Erweiterung der Rüstungen vorgenommen wurde, hat eine gewerkschaftliche Offensive ermöglicht. Gleichzeitig war sie auch das von den Gewerkschaften empfohlene Mittel im Kampf gegen Krisenelemente, die sich mitten in der Hochkonjunktur zeigten. Auch hier ging es um die praktische Anwendung eines Grundsatzes, der zum Gemeingut der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung geworden ist: daß in einer so dynamischen Wirtschaft wie der amerikanischen ihre Ausdehnung nur dann aufrechterhalten und empfindliche Rückschläge nur dann vermieden werden können, wenn die Konsumkraft der Massen ständig zunimmt. In Anwendung dieses allgemeinen Grundsatzes haben die Gewerkschaften mit besonderem Nachdruck auf den Abschiedsbericht Trumans über die wirtschaftliche Lage verwiesen, nach dem eine wirtschaftliche Schrumpfung im Jahre 1954 oder 1955 unvermeidlich wäre, wenn es nicht gelänge, den Konsum um ungefähr 6 Prozent zu steigern, um die zunehmende Erzeugungskapazität der amerikanischen Industrie zu absorbieren. So hat zum Beispiel die AFL auf ihrer erweiterten Ausschusssitzung in Miami zu Beginn des heurigen Jahres alle angeschlossenen Organisationen aufgefordert, Lohnbewegungen einzuleiten, um auf diese Weise zu einer allgemeinen Erhöhung der Konsumkraft der Massen der Bevölkerung beizutragen. Dieser Grundsatz hat sich in der amerikanischen Öffentlichkeit so sehr eingebürgert, daß die Unternehmer den Lohnbewegungen im heurigen Jahr – zumindest in der Großindustrie – weniger Widerstand entgegengesetzt als in früheren Jahren. Vielleicht wollten die Männer von «Big Business» auch beweisen, daß sie ohne Regierungseingriff und nach der Beseitigung der Wirtschaftskontrollen eher bereit seien, in Kollektivvertragsverhandlungen mit den Gewerkschaften zu Uebereinkommen zu gelangen. So hat es in der Großindustrie weniger Streiks gegeben; die Streikstatistiken zeigen, daß im ganzen weniger Arbeitstage durch Streiks verlorengegangen sind, obwohl die Zahl der Streiks hoch geblieben ist.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich also weder durch die politischen Veränderungen in Washington noch durch die fortgesetzten Diskussionen über die Möglichkeit eines Ausbruches einer Krise oder zumindest einer Schrumpfung nach dem Waffenstillstand in Korea von einer Offensive an der Lohnfront abschrecken lassen.

So konnten sie in der Zeit der Vollbeschäftigung, die im ersten Halbjahr 1953 nicht nur angehalten, sondern noch intensiviert worden ist, die günstige Wirtschaftslage zu einer Steigerung der Reallöhne ausnützen.

Wie lange dauert die Hochkonjunktur?

Die Sorge um die Erhaltung der Vollbeschäftigung ist freilich nicht geschwunden, obwohl die amerikanische Wirtschaft trotz der Vollendung des großen Rüstungsprogramms und trotz dem Abstrich an Rüstungs- und sonstigen Bundesausgaben zunächst weiter anhält. Wie lange diese Hochkonjunktur andauern wird, ist *die* große Frage. Die Gewerkschaften haben bereits im Frühjahr, als sich gewisse Krisenzeichen meldeten, die Erhaltung der Vollbeschäftigung als die wichtigste Aufgabe der Regierung bezeichnet und den Präsidenten aufgefordert, eine aktive Konjunkturpolitik zu treiben und allen deflationistischen Tendenzen entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang haben die Gewerkschaften ausnahmslos gegen die Politik des «harten Geldes», die zu Zinsfußerhöhungen und einer Steigerung der Zinseinnahmen der großen Banken geführt und die Verzinsung insbesondere auch der Bundesschulden verteuert hat, Stellung genommen.

Welchen Umfang die von allen Beobachtern für Ende dieses oder Anfang des kommenden Jahres angenommene Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten haben wird, ist noch ungewiß. Die Gewerkschaften sind sich dessen bewußt, daß das weitere Schicksal der Arbeiter von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Bisher hat die amerikanische Wirtschaft jedenfalls viel größere Widerstandskraft gezeigt, als man selbst vor sechs Monaten annehmen mochte. Diese Lage haben die Gewerkschaften auszunützen verstanden.

Damit haben sie aber auch bewiesen, daß sie, ungeachtet der politischen Zusammensetzung der Administration in Washington und nicht eingeschüchtert durch konservative, ja reaktionäre Tendenzen im Kongreß, ihre Ziele weiter verfolgen. Schon die ersten Monate des neuen politischen Regimes in Washington haben den Beweis gebracht, daß Einfluß und Stärke der Gewerkschaft nicht von der Anwesenheit einer ihnen freundlichen Administration in Washington abhängt. Die in den letzten zwei Jahrzehnten rapid gewachsene Macht der amerikanischen Gewerkschaften ist eine unumstößliche Tatsache im amerikanischen Leben geworden; in dieser Beziehung gibt es kein Zurück mehr zu der Zeit vor Franklin Roosevelt und den großen sozialen und wirtschaftlichen Reformen.

Dr. Otto Leichter, Newyork